

Förderbereich 1 »Europäisches Geschichtsbewusstsein«

Die Europäische Union beruht auf Grundwerten wie Freiheit, Demokratie und Wahrung der Menschenrechte. Um die Bedeutung dieser Grundwerte in ihrer ganzen Tragweite verstehen zu können, ist es notwendig, sich an die Vergangenheit zu erinnern.

Gefördert werden Projekte, die sich mit den Ursachen totalitärer Regime in der neueren Geschichte Europas (insbesondere, aber nicht nur Nationalsozialismus, Faschismus, Stalinismus und totalitäre kommunistische Regime) und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen. Zudem werden Aktivitäten unterstützt, die zur Auseinandersetzung mit historischen Ereignissen beitragen, die zur Entstehung der Europäischen Gemeinschaft geführt haben.

Vorrang erhalten Maßnahmen, die zu Toleranz, gegenseitigem Verständnis, interkulturellem Dialog und Versöhnung aufrufen, um die Vergangenheit zu überwinden und die Zukunft zu gestalten.

Die Projekte müssen auf transnationaler Ebene umgesetzt werden oder auf andere Art eine eindeutige europäische Dimension aufweisen.

Der Zuschuss der EU beträgt max. 100.000 Euro.

Unsere Kontaktdaten:

Kontaktstelle Deutschland
»Europa für Bürgerinnen und Bürger«
bei der Kulturpolitischen
Gesellschaft e.V. (KS EfBB)
Weberstraße 59a, 53113 Bonn
Internet: www.kontaktstelle-efbb.de



Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

© 2014 KS EfBB. All rights reserved. Licenced to the European Union under conditions.

Gefördert durch:



Gefördert durch die Europäische Union aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Diese Publikation gibt die Standpunkte der Autoren wieder. Die Europäische Union trägt keine Verantwortung für die Verwendung der hierin verbreiteten Informationen.

Das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger«



Europa für Bürgerinnen
und Bürger

Förderbereich 1
»Europäisches
Geschichtsbewusstsein«

Das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2014–2020

Das Programm dient dem Ziel, die Union bürgernäher zu gestalten.

Ziele des Programms

- Kenntnisse über die Europäische Union, ihre Geschichte und Werte sowie ihre Vielfalt vermitteln
- demokratische Partizipation stärken
- gesellschaftliches und interkulturelles Engagement fördern

Merkmale der Projekte

- gleichberechtigten Zugang und Chancengleichheit für alle, geografische Abdeckung in Europa und Mehrsprachigkeit berücksichtigen
- lokale und nationale Blickwinkel durch transnationale Dimension erweitern
- interkulturellen Dialog fördern und zu einer von Respekt, Dynamik und Vielschichtigkeit geprägten europäischen Identität beitragen
- Freiwilligentätigkeit fördern, um das Engagement der Bürger/innen für ihre Gesellschaft und für das politische Leben zu entwickeln

»ST (NS)A SI«

Für das vom Jenaer Verein Recht in Europa e.V. gemeinsam mit vier Partnern aus Bulgarien, Deutschland, Rumänien und Slowenien eingereichte Projekt »ST (NS)A SI – Persönlichkeitsrechte schützen – Menschenwürde vor und nach dem Mauerfall« wurde eine EU-Förderung in Höhe von 87.500 Euro bewilligt. Der 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer war der Ausgangspunkt, um die Praxis der Überwachung durch die Stasi in der DDR-Diktatur im gesamteuropäischen Kontext zu diskutieren und eine Verbindungslinie zum aktuellen NSA-Skandal herzustellen.

Mit diesem historischen Brückenschlag möchten die Veranstalter für die Bedrohungen der europäischen Grund- und Menschenrechte durch die aktuelle Praxis der Datenspeicherung sensibilisieren. Dazu finden zwischen Dezember 2014 und Januar 2016 zahlreiche Aktivitäten in Jena, Lüneburg, Maribor (SI), Pleven (BG) und Timisoara (RO) statt: Jugendliche interviewen Stasi-Opfer und eine Schultheatergruppe erarbeitet das Theaterstück »Ausgespäht«. Bei Podiumsdiskussionen debattieren Politiker/innen, Expert/innen und Bürger/innen über die Bedeutung von Persönlichkeitsrechten und Menschenwürde in Europa. Die Veranstalter rechnen mit rund 1.600 Teilnehmenden.

Weitere Informationen:
www.stasi-nsa.eu

»Bridging Generations«

Wie kann man die kollektive Erinnerung für die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft in Europa nutzen? Dies war die Ausgangsfrage für das Projekt »Bridging Generations«, das im Oktober 2014 startete und von der Europäischen Kommission mit 97.750 Euro unterstützt wird.

Unter der Koordination des Vereins Jugend- und Kulturprojekt e.V. aus Dresden sind an dem Projekt die Landeshauptstadt Dresden, die Stadtverwaltung Kistarcsa (HU), das Kulturzentrum der Gemeinde Olesnica (PL), die Nichtregierungsorganisationen YouNet (IT) und Addart Thessaloniki (GR) sowie die Aristotelis-Universität Thessaloniki (GR) beteiligt. Das Projektkonsortium möchte den Austausch zwischen jungen und älteren Menschen über den Zweiten Weltkrieg fördern und so der jungen Generation den Zugang zu Wissen über totalitäre Strukturen eröffnen.

Neben Studenten der Fächer Soziologie, Cinematografie, bildende Kunst, Journalismus und Geschichte sowie Senioren aus Ländern, die totalitäre Regime und Besetzung erlebt haben, sind Wissenschaftler/innen und Journalist/innen beteiligt.

In mehreren Veranstaltungen, darunter Konferenzen, Forschungstreffen und Studienbesuche in Dresden, Breslau und Thessaloniki, befassen sie sich, ausgehend von den Erfahrungen der Älteren mit dem Zweiten Weltkrieg, mit Vertreibung und Migration. Neben Gesprächen, Diskussionsrunden und Zeitzeugeninterviews findet auch eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sowie mit aktuellen Formen der Gedenkkultur statt. Die Ergebnisse werden in Form einer Ausstellung und einer Performance der Öffentlichkeit präsentiert.

Weitere Informationen:
www.jkpev.de/projekte/bridging-generations



Zeitzeugengespräche © Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (IBZ)

Fördervoraussetzungen:

Antragsberechtigt sind lokale und regionale Behörden, Einrichtungen und Organisationen ohne Erwerbszweck, wie Museen, Gedenkstätten, Archive, Vereine und Verbände, Kultur-, Jugend-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Es wird erwartet, dass unterschiedliche Arten von Organisationen mitarbeiten oder verschiedene Arten von Aktivitäten vorgesehen sind (öffentliche Diskussionen, Forschung, Ausstellungen, nichtformale Bildung, usw.) oder Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Zielgruppen eingebunden werden.

Die KS EfBB informiert:

- mit der Internetseite www.kontaktstelle-efbb.de
- mit dem Online-Newsletter
- in Vorträgen, Workshops und bei Veranstaltungen

Die KS EfBB berät:

- bei der Konzeption transnationaler EU-Projekte
- bei Fragen zur Antragstellung und den Formularen
- »Antragscheck«: Wir sehen Ihre Antragsformulare auf Plausibilität durch